

Die Privatisierung der Autobahn droht weiterhin

Jan Schalauske sagt:
„Bis zu 3.500 Jobs in Hessen können bedroht sein, wenn die Autobahn privatisiert wird!“
Seite 2



www.linksfraktion-hessen.de | Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Kinderarmut in einem reichen Land

Kinder aus armen Familien erleben Ausgrenzung jeden Tag

Sonja erzählt von dem Ärger zu Hause, wenn sie ihre Eltern informiert, welches Übungsheft neu gekauft werden muss und wie viel Geld für Kopien und Ausflug mitgebracht werden sollen. Gerade am Ende des Monats wird es bei Marcel zu Hause immer knapp, da muss das Essen gestreckt werden, um bis zum Ersten durchzuhalten. Sarah würde gerne Geige spielen lernen, die Eltern können den gestiegenen Beitrag für die Musikschule jedoch nicht aufbringen.



Foto: yacobchuk | 496025774 | iStockphoto.com

Das sind drei Beispiele, wie sich Armut auf Kinder und ihre Familien auswirkt. Eltern melden ihre Kinder von der Kindertagesstätte ab oder reduzieren die Betreuungszeiten, weil es ihnen zu teuer ist. In der Schule dürfen Kinder nicht am Mittagessen teilnehmen, weil die Eltern sich den Beitrag nicht leisten können. Der Sportverein und die Sportausrüstung kommen nicht in Frage, weil das Geld fehlt. Diese Erfahrung macht fast jedes fünfte Kind in Hessen,

das mit einer Familie von einem Einkommen, das niedriger ist als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens ist, lebt.

DIE LINKE. im Hessischen Landtag fordert von der Landesregierung einen Aktionsplan gegen Kinderarmut. Alle Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sollen dabei berücksichtigt werden.

- Wir brauchen eine gute frühkindliche Bildung mit

guter personeller Ausstattung – zugänglich für alle Kinder. Die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten sollen abgeschafft werden.

- Wir brauchen eine Schule, die alle Kinder gleichermaßen fördert. Das Mittagessen und die Fahrt zur Schule sollen kostenfrei sein. Für Lernmaterialien, Ausflüge, Kopien, und vieles mehr dürfen den Eltern keine Kosten entstehen.
- Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass Gewalt gegen Kinder und

Jugendliche verhindert wird. Falls sie davon bedroht oder betroffen sind, muss es ein gutes Beratungs- und Hilfesystem geben.

- Kinder und Jugendliche sollen sich umfassend entwickeln können. Auch Kinder aus armen Familien sollen ihre kulturellen und sportlichen Talente entwickeln können.
- Zu dem Aktionsplan gehört auch, dass Kinder und Jugendliche an den Entscheidungen, die sie betreffen, auch beteiligt werden.

Die Hessische Landesregierung ist nur bereit, in ihrem Landessozialbericht im Herbst 2017 über Kinderarmut zu berichten. Das ist der LINKEN zu wenig. Es darf kein ‚weiter so‘ geben.

Auch die Bundesregierung ist gefordert. Steuerlastungen gibt es für Paare ohne Kinder, während Alleinerziehende kaum Unterstützung erhalten. Deshalb muss kurzfristig das Kindergeld auf 328 Euro erhöht werden. Ihnen muss das Existenzminimum von 573 Euro zur Verfügung stehen. Kinder und Jugendliche, die Hartz IV erhalten, brauchen bedarfsgerechte Regelsätze. Hartz IV muss durch eine bedarfsorientierte sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden.



Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Anteil der Armen steigt in Hessen

Programm zur Armutsbekämpfung gefordert

Wie der Paritätische Gesamtverband in seinem Armutsbericht für das Jahr 2015 präsentierte, steigt die Armut in Hessen bereits im fünften Jahr in Folge, auf inzwischen 14,4 Prozent oder – in Zahlen – 864.665 Menschen. 13 Millionen (15,7 Prozent) gelten demnach insgesamt in Deutschland als arm.

ARMUTSQUOTE KONNTE IM WESTEN NICHT REDUZIERT WERDEN

Als besonders besorgniserregend gilt hierbei die Tatsache, dass es keinem

westdeutschen Bundesland gelungen ist, die Armutsquote zu reduzieren. In Hessen stieg die Armut flächendeckend – mit Ausnahme von Osthessen – sogar am viertstärksten im Vergleich zu allen Bundesländern.

VERMÖGENSSTEUER EINFÜHREN – UND ZWAR DEUTSCHLANDWEIT!

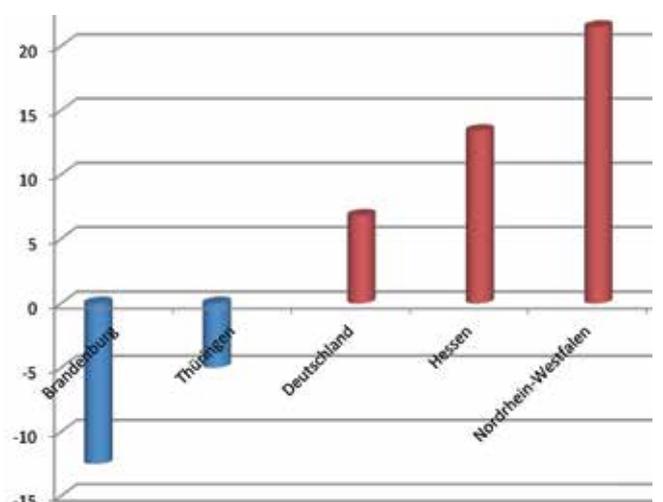
Hessens Wirtschaft wuchs im selben Zeitraum kontinuierlich, doch trotzdem stieg die Armut konstant an. Die schwarzgrüne Landesregierung zeigt sich hiervon unbeeindruckt und macht kei-

nen Anschein, hier trotz der dringlichen Lage entgegen zu steuern.

DIE LINKE fordert ein umfassendes Programm zur effektiven Reduzierung der Kinderarmut, sowie einen nachhaltigen Ansatz in der Armutsbekämpfung. Die Finanzierung könnte trotz Rekordüberschüssen über eine Vermögenssteuer erfolgen, damit eine gute Konjunktur auch in den ärmsten Schichten ankommt. Der Bericht zeigt, dass dies nicht nur in Hessen bitter benötigt wird, sondern in ganz Deutschland.

Armut nimmt im Westen zu

Veränderung des Anteils armer Menschen von 2005 bis 2015 in ausgewählten Bundesländern (Angaben in %)



Statistik: Hanna Hoerf | Quelle: Der Paritätische Gesamtverband Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017

Die Privatisierung der Autobahnen droht weiterhin

Kurz vor der Bundestagswahl wollen CDU/CSU und SPD noch schnell und heimlich die größte Grundgesetzänderung seit langem durchboxen. Bestandteil davon ist eine ‚Autobahn GmbH‘. Die Große Koalition behauptet, sie hätte eine Privatisierung

ausgeschlossen. Aber das Beispiel der privatisierten Deutschen Bahn AG zeigt: Selbst wenn der Bund formal Eigentümer bleibt, ändert die private Rechtsform alles – und nichts zum Guten. Ein privatrechtliches Unternehmen soll Gewinn

machen. Das bedeutet, dass die Bürger, die bereits durch Steuern finanzierten Straßen noch einmal bezahlen sollen. Und die Einnahmen, – zum Beispiel aus der LKW-Maut – blieben im Unternehmen. Diese Einnahmen können nicht mehr benutzt

werden (wie es in öffentlicher Hand der Fall wäre), um z.B. Schienen auszubauen. Mehr noch: Die GmbH hat dann ein wirtschaftliches Interesse daran, dass möglichst viele Menschen die Straßen benutzen. Das ist umwelt- und verkehrspolitisch verheerend.

Die Autobahn-GmbH schafft einen Schattenhaushalt. Ausgerechnet die Autobahnen werden damit von der unsäglichen ‚Schuldenbremse‘ ausgenommen, während sie für den Ausbau von Radwegen beispielsweise weiterhin gilt. Dazu kommt, dass ein Privatunternehmen viel intransparenter und undemokratischer organisiert ist, als eine Behörde – die von den Parlamenten kontrolliert wird.

BIS ZU 3.500 JOBS IN HESSEN BETROFFEN

Bisher werden die Autobahnen in Hessen von der Landesbehörde ‚Hessen Mobil‘ verwaltet. Etwa 3.500 Menschen arbeiten dort im öffentlichen Dienst. Auch bei den Arbeitsbedingungen dient die privatisierte Deutsche Bahn als mahnendes Beispiel. DIE LINKE steht an der Seite dieser Menschen und will ihre Jobs erhalten.

(Mehr aktuelle Infos zur Autobahnprivatisierung auch bei Gemeingut in Bürgerhand: gemeingut.org)



Jan Schalauske, finanzpolitischer Sprecher DIE LINKE im Hessischen Landtag



Treffen gegen Privatisierung mit u.a. Stefan Körzell (DGB) und Herbert Storn (GEW).

NSU-Terror: Opfer von Nazis wurden zu Tätern gemacht

Im Hessischen Landtag gehen DIE LINKE akribisch der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen nach: Hatten die NSU-Terroristen Helfer in Hessen? Warum wurde nicht gegen Neonazis ermittelt? Warum lügt ein Verfassungsschützer bis heute, obwohl er offensichtlich Zeuge des NSU-Mordes in Kassel war? Und warum ist in den Behörden so unglaublich vieles schief gelaufen? Inzwischen haben wir fast 2.000 Aktenordner gesichtet und bald 100 Zeugen vernommen.

VERBINDUNGEN ZU NAZI-GRUPPEN NICHT HINTERFRAGT

Für DIE LINKE steht nach drei Jahren Aufarbeitung fest: Hinweise auf rechtsterroristische Gruppen lagen auch in Hessen vor, wurden aber nicht beachtet.

Verbindungen zu bundesweiten und internationalen Nazi-Gruppen waren bekannt, wurden aber herunter gespielt. Insbesondere der Geheimdienst hat viele Informationen zurückgehalten, anstatt gegen die Szene vorzugehen. Das gilt ganz besonders beim NSU-Mord in Kassel, bei dem

der Geheimdienstler Andreas Temme den Mord mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hätte mitbekommen müssen. Wir haben nun Anzeige wegen Falschaussage erstattet.

Besonders bedrückend ist: Während gegen die Nazi-Szene kaum ermittelt und der Geheimdienstler Temme und seine V-Leute sogar von höchster politischer Stelle geschützt wurden, hat man intensiv gegen die Opfer-Familie ermittelt.

Ein halbes Jahr Telefonüberwachung, Observation, verdeckte Ermittler, einschließlich Lügengeschichten und Diskreditierung der Familie. All dies wird der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier dringend erklären müssen, wenn er am 26. Juni 2017 als Zeuge vor dem Ausschuss aussagen muss.



Hermann Schaus, Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss DIE LINKE im Hessischen Landtag

Mietpreisbremse bremst nicht



Trotz Mietpreisbremse sind die Mieten in hessischen Großstädten und Ballungsräumen weiter gestiegen.

Seit 2015 gibt es die so genannte ‚Mietpreisbremse‘ als Gesetz. Damit sollte der Anstieg der Mieten besonders in den Großstädten gebremst werden. Von Anfang an hatten DIE LINKE und Mieterinitiativen davor gewarnt, das Gesetz werde wirkungslos bleiben. Es gilt nur in wenigen Städten, erlaubt zu viele Ausnahmen und kann nicht wirksam kontrolliert werden.

Eine Studie des Vereins Miettest e.V. bestätigt dies jetzt erneut. Danach verstießen 44 von 100 neu abgeschlossenen Mietverträgen in deutschen Städten gegen das Gesetz. Jede Mieterin und jeder Mieter zahlt im Durchschnitt 1.700 Euro pro

Jahr mehr, als gesetzlich vorgesehen. Da jedes Jahr etwa jeder zehnte Mieter umziehen muss, werden die Mieten weiter steigen. Denn bei jeder Neuvermietung kann der Vermieter die Miete gegenüber dem vorherigen Vertrag sehr willkürlich ohne Probleme erhöhen.

Der Mieterschutzbund fordert deshalb zu recht, dass der Vermieter die Vormiete offen legen muss. Zu viel geforderte Miete müsse zurück

gezahlt und Verstöße gegen das Gesetz mit Bußgeld geahndet werden.

DIE LINKE will, dass die Mietpreisbremse überall gilt und keine Ausnahmen zulässt. Die ortsübliche Miete soll als Obergrenze dienen. Mieterhöhungen soll es nur geben dürfen, wenn der Wohnwert tatsächlich verbessert wurde. Vor allem aber müssen genügend bezahlbare Wohnungen gebaut werden.

Die Mietpreisbremse gilt in Hessen nur in Bad Homburg (außer Ober-Erlenbach), Darmstadt (außer Arheilgen, Eberstadt und Kranichstein), Dreieich, Oberursel, Offenbach, Mörfelden-Walldorf, Kassel (außer Wolfsanger/Hasenecke), Wiesbaden (außer Igstadt, Medenbach und Naurod), Weiterstadt, Schwalbach am Taunus, Flörsheim, Frankfurt (außer Berkersheim, Eckenheim, Harheim, und Unterliederbach), Hattersheim, Griesheim, Marburg und Kronberg.

Der Pakt für den Nachmittag ist und bleibt eine Mogelpackung

Mit echter Ganztagschule hat der Pakt nichts zu tun

Eltern müssen bis zu 60 Euro im Monat bezahlen, damit ihr Kind in der Schule bis 14.30 Uhr betreut wird. Hinzu kommen die Kosten für das Mittagessen. Diese liegen zwischen 2,70 Euro bis 5,50 Euro pro Mahlzeit. Ein weiterer Kostenfaktor ist die anschließende Nachmittagsbetreuung, die von kommunaler Seite organisiert wird und monatlich bis zu 218 Euro betragen kann. Dabei hatte die Landesregierung zugesichert, die Betreuung bis 14.30 Uhr solle an allen Schulen kostenfrei sein.

Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag (Drucksache

19/4710) hervor. Der ‚Pakt für den Nachmittag‘ ist zwar nun im Hessischen Schulgesetz festgeschrieben – eine einheitliche Konzeption, was Schulen und Betreuungseinrichtungen im Rahmen des Paktes zur Verfügung stellen müssen, gibt es jedoch nicht. Vorgaben für pädagogische Konzepte liegen ebenfalls nicht vor. Und: für über den Schulunterricht hinausgehenden Betreuungsleistungen müssen die Paktschulen nicht einmal qualifiziertes Personal einstellen.

ECHTE GANZTAGSSCHULEN IN HESSEN? FEHLANZEIGE!

DIE LINKE hat den ‚Pakt‘ schon immer kritisiert. Die

Landesregierung schiebt den häufig überschuldeten Städten und Gemeinden die Verantwortung für die Nach-



Foto: ien4foto | 508136100 | istockphoto.com

mittagsangebote für Grundschulkindern in die Schuhe. Und mit der Ausweitung des Paktes wird vor allem eines verhindert: der dringend notwendige Ausbau echter Ganztagschulen in Hessen.

ECHTE GANZTAGSSCHULEN: EINE CHANCE FÜR SOZIALSCHWÄCHER GESTELLTE KINDER

Bislang ist nicht einmal eine von 100 Grundschulen in Hessen eine echte Ganztagschule. Und um deren weiteren Ausbau möchte sich die Landesregierung auch nicht wirklich kümmern, wie die Beantwortung der Großen Anfrage bestätigt.

Dabei sind es gerade die echten Ganztagschulen, die

Kindern aus einkommensschwachen und sozial belasteten Elternhäusern Bildungserfolge ermöglichen. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Ganztagschulen keine Seltenheit bleiben, die man in einer kaum überschaubaren Schullandschaft suchen muss. Jedem hessischen Kind muss es ermöglicht werden, dass es eine Ganztagschule besuchen kann!



Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Schulische Inklusion in Hessen – nicht gewollt und nicht gekonnt!

In diesem Frühjahr wurde das Hessische Schulgesetz erneuert. Das hätte eine große Chance sein können, um den Ausbau von echten Ganztagschulen und die Inklusion endlich voran zu bringen. Der jahrelange Stillstand hätte beendet werden können. Doch was letztendlich herauskam, war nicht nur enttäuschend – es war entlarvend. Statt echter Ganztagschulen wurde der ‚Pakt für den Nachmittag‘ im Schulgesetz festgeschrieben. Und auch das Thema Inklusion kommt als Mogelpackung daher. Die hessischen Schulen blei-

ben finanziell, räumlich und personell unzureichend ausgestattet.

BEHINDERTE UND BEEINTRÄCHTIGTE KINDER BENACHTEILIGT

Deshalb kann Inklusion nicht flächendeckend sichergestellt werden. In sogenannten ‚Inklusiven Schulbündnissen‘ sollen zukünftig Schwerpunktschulen Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen unterrichten. Die Schulbezirksbindung wird damit für Grundschulkindern, die einen Förderbedarf haben, aufgehoben.

Das heißt: sie werden auch weiterhin nicht wohnortnah im vertrauten Umfeld und im Freundeskreis beschult.

UND DAS SOLL INKLUSION SEIN?

Nein, sagt die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag. Inklusion kann nicht gelingen, wenn Kinder ausgeschlossen werden. Die schwarzgrüne Landesregierung muss endlich aufhören, Inklusion nur vorzutäuschen. Lippenbekenntnisse reichen nicht. Wer es mit Inklusion ernst meint, muss auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

Sparmodelle gehen zu Lasten aller Betroffenen – vom Kind bis zur Lehrkraft. Sparmodelle zerstören bestehende Fördermöglichkeiten, ohne wirkliche Alternativen zu schaffen.

Zehn Jahre nachdem die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert worden ist, wurde in Hessen noch kein ernsthafter Versuch unternommen, inklusive Bildung (gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern) umzusetzen. Das ist beschämend!



Foto: ka119 | 155392924 | istockphoto.com

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Ein Kommentar von Janine Wissler

Der Umgang mit afghanischen Flüchtlingen in Hessen ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Ende 2016 hatte der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen die Sicherheitslage in Afghanistan im gesamten Land als unsicher bewertet. Als Konsequenz aus dieser unsicheren Lage weigern sich mittlerweile einige Bundesländer, Menschen in das von Krieg und Terror zerrütete Land abzuschicken.

UN-JAHRESBERICHT 2016: 3512 GETÖTETE KINDER 11.418 ZIVILE OPFER

Teile Afghanistans zu sicheren Gebieten zu erklären, wie das Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

macht, ist angesichts der Situation in dem Land Ausdruck einer skrupellosen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Allein im vergangenen Jahr sind 3.512 Kinder in Afghanistan getötet und insgesamt 11.418 Zivilisten Opfer von Terror- und Kriegshandlungen geworden.

DIE LINKE fordert die Landesregierung in Hessen auf, die Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen. und sich nicht länger daran zu beteiligen. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit einer skrupellosen Abschiebepolitik, die nach Meinung von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen Grund- und Menschenrechte aushebelt!



Janine Wissler bei einer Demo gegen Abschiebungen nach Afghanistan am Frankfurter Flughafen.

Foto: Hanna Hoef

Informationsfreiheit und Transparenz

Menschen haben ein Recht, Politik und Verwaltung zu kontrollieren

Die schwarzgrüne Koalition muss endlich auch in Hessen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger alle Informationen erhalten können, die staatlichen Stellen vorliegen. Die Menschen haben ein Recht darauf, die Politik und die Verwaltung zu kontrollieren.

Dieses Recht können sie nur dann wahrnehmen, wenn sie jederzeit die Informationen erhalten können, die sie für die Ausübung dieses Rechts benötigen. Deshalb fordern wir die Verabschiedung eines Transparenzgesetzes. Ein wichtiger Aspekt eines solchen Gesetzes im Vergleich zu einem Informationsfreiheitsgesetz ist eine aktive Veröffentlichungspflicht seitens staatlicher Stellen für bestimmte Dokumente, für die ein öffent-

liches Interesse besteht. Informationen müssen ‚barrierefrei‘ zugänglich sein. Es darf nicht sein, dass Entscheidungshintergründe, Protokolle, Gutachten, Kalkulationen, Planungsberichte oder Informationen aus öffentlichen Verwaltungen nur auf Anfrage und gegen Gebühren zu erhalten sind.

FREIER ZUGANG ZU INFORMATIONEN BEDEUTET FREIHEIT

Wir wollen nicht länger die Situation haben, dass Bürgerinnen und Bürger um Auskunft über wichtige öffentliche Angelegenheiten ‚ersuchen‘ müssen, wenn sie wissen wollen, was in den Parlamenten auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene jenseits öffentlicher Sitzungen beraten wird. Der freie Zugang



Foto: Sezenradiger | 495611952 | istockphoto.com

zu Informationen ist nicht nur für Mitbestimmung und Mitgestaltung notwendig, sondern er ist ebenso notwendig für den Erhalt der Pressefreiheit. Er kann außerdem dazu beitragen, dass sich wieder mehr Menschen in die Gesellschaft einbringen, Verwaltungen

reformiert und weniger Steuergelder verschwendet werden. Und er kann vor allem die wachsende Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und der Politik, den Behörden und den Verwaltungen auf der anderen Seite, verkleinern.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag

Bundeswehr-Kritik: Wie rechts ist die Truppe?

Die Aufregung war groß, als zwei Bundeswehr-Offiziere und ein Student wegen des Verdachts der Vorbereitung rechter Terror-Anschläge festgenommen wurden. Sie sollen im großen Stil Munition und Kriegszubehör gehortet, eine namentliche Todesliste verfasst und eine falsche Spur in Richtung syrischer Flüchtlinge gelegt haben. Die Neonazi-Gesinnung von mindestens zwei Offizieren war aktenkundig. Weder Wehrmachts-Maschinenpistole und Hakenkreuze in der Wohnung, noch eine völkisch-rassistische Masterarbeit führten zum Armeeausschluss. Wird also offener Rechtsradikalismus bei der Bundeswehr geduldet? Skandale um rechte Zirkel,

Hakenkreuz-Feste und Erniedrigungsrituale werden immer wieder öffentlich. Spätere Nazi-Terroristen und Straftäter wurden oft bei der Bundeswehr ausgebildet, so z.B. der Oktoberfest-Attentäter und Zeitsoldat Gundolf Köhler oder der NSU-Terrorist Uwe Mundlos. Aktuell gibt es in der Truppe über 250 Verfahren wegen möglicher rechtsradikaler Verstrickungen. Das sind keine Einzelfälle. Es geht um Struktur und Geisteswelt der Truppe. Wie gefährlich diese werden kann, zeigt der aktuelle Skandal um Oberleutnant Franco A. und seine Helfer. Er gab sich als Flüchtling aus und plante einen rechten Terroranschlag. Es ist an der Zeit, zu handeln!



Foto: huettenhoeischer | 675553540 | istockphoto.com

Wohnsitzauflagen: diskriminierend und integrationspolitisch unsinnig

Die schwarzgrüne Landesregierung möchte anerkannte Flüchtlinge von Ballungsräumen fernhalten. Mit Wohnsitzauflagen sollen sie gezwungen werden, in ländliche Regionen zu ziehen. Die Landesregierung will somit von einer Regelungsmöglichkeit Gebrauch machen, die ihr das sogenannte Integrationsgesetz eröffnet: Neben Auflagen, an einem bestimmten Ort zu wohnen, kann Asylberechtigten mit Zuzugsverboten auch untersagt werden, sich an bestimmten Orten eine Wohnung zu nehmen.

GRÜNE BEFÜRWORTEN WOHN-SITZAUFLAGEN LAUTSTARK

Gegen diese Pläne der Landesregierung wendet sich DIE LINKE – leider als einzige Fraktion im Landtag. Die Grünen, aktuell die lautstärksten Befürworter von Wohnsitzauflagen, sehen im Effekt sogar eine ‚Win-win-Situation‘: Sowohl die ländliche Region als auch die Geflüchteten würden profitieren. Das von den Grünen herbeigeredete

Überangebot an Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten existiert in Wirklichkeit aber nicht. Gerade deshalb versuchen viele Menschen ihr Glück in den Städten.

PERSPEKTIVLOSIGKEIT DROHT

Flüchtlinge zu zwingen, in Gebieten zu wohnen, die Einheimische mangels Perspektiven verlassen, ist integrationspolitisch unsinnig. Mehr noch: Durch den ausgedünnten Öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum, werden die Neu-Hessen es noch schwerer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Zwar ist es richtig, dass es in den Ballungsräumen einen Mangel an preiswertem Wohnraum gibt. Schuld daran sind aber nicht die Geflüchteten, sondern die jahrzehntelange Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus.

FREIZÜGIGKEIT MUSS UNTERSCHIEDSLOS ERHALTEN BLEIBEN

Die Angst vor der ‚Ghettobildung‘ in Ballungsräumen, wie sie von SPD und CDU

geäußert wird, wird durch die sozialwissenschaftliche Forschung nicht geteilt. Tatsächlich haben es Zugezogene deutlich einfacher, sich zu orientieren und Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden, wenn sie auf vorhandene Netzwerke treffen. Diese existieren vor allem in den Städten.

Für DIE LINKE ist klar: Das Recht auf Freizügigkeit muss unterschiedslos auch für Geflüchtete gelten. Sie dürfen nicht zum Spielball einer wenig reflektierten Struktur- und Integrationspolitik gemacht werden.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611-350 60 90
Fax 0611-350 60 91

die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoeft, T. Klein und J. Cezanne
Gestaltung: H. Hoeft
Druck: Mediaservice